

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender Zitting, sehr geehrter Herr Bürgermeister Fischer, verehrte Gäste, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen

Als wir uns heute auf den Tag genau vor zwei Monaten zu einer ratsinternen Klausur getroffen haben war das einzige Thema die Einführung einer Pferdesteuer. So scheint es jedenfalls, denn sehr schnell, ist aus der vertraulichen Klausur dieser Punkt an die Öffentlichkeit gedrungen. Die vermeintlich neue Einnahmequelle wurde aber nur am Rande vorgestellt. Die Einführung wurde gar nicht diskutiert.

Aber warum brauchen wir eine neue Einnahmequelle? Warum wird vom Kämmerer ein Thema angefasst, wohlwissend um den öffentlichen Widerstand. Und hier liegt das Problem. Der damalige Haushaltsentwurf wäre beim Landkreis, aufgrund des Defizites, nicht genehmigungsfähig gewesen.

Darum haben wir uns getroffen um im internen Kreis den Haushalt etwas genauer zu durchleuchten. Deshalb ist es m.E. vollkommen legitim wenn ein Kämmerer auch unliebsame Themen anspricht. Auf der anderen Seite hätten sich alle Fraktionen mit konstruktiven Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung beteiligen können.

Seit letzter Woche gibt es nun eine kleine Entspannung nachdem bekannt geworden ist, dass für das Niko Projekt 35.000 € nicht gezahlt werden müssen. Hierdurch kann der Ergebnishaushalt mit einem kleinen Plus ausgeglichen werden. Aber auch nur deshalb weil wir einmalig 2016 außerordentliche Erträge durch den Verkauf von Baugrundstücken am Starenweg in Höhe von 250.000 € erzielen. Aber warum drohte uns vom Landkreis die Versagung der Haushaltsgenehmigung? Trotz gestiegener Einnahmen von fast 500.000 €.

Hierfür gibt es nur eine Erklärung. Unsere Ausgaben steigen um annähernd den gleichen Betrag. Im Bereich der Kindergärten erhöht sich der Zuschussbedarf aufgrund der Tarifierhöhungen bzw. Drittkräfte auf 730.000 €,

die abzuführenden Umlagen und hier als größter Posten die Kreisumlage um 250.000 €. Daher sehen wir in diesen Bereichen Handlungsbedarf. Wir meinen eine moderate Erhöhung der Kindergartenbeiträge, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, kann den Eltern zugemutet werden. Im Vergleich zu den Umlandgemeinden liegen die Beiträge dann immer noch im Rahmen. Bei den Umlagen ist es ähnlich. Der Landkreis Aurich schöpft von den gestiegenen Einnahmen –und das ist bei den anderen Gemeinden genauso der Fall- den größten Teil über die Kreisumlage wieder ab. Und die Ironie an der Sache ist, dass der Landkreis uns anschließend die Haushaltsgenehmigung versagt und ein Haushaltskonsolidierungskonzept fordert. Zielführender wäre eine gerechtere Kreisumlage für einnahmeschwache Gemeinden und eine bessere finanzielle Ausstattung für strukturschwache Gemeinden vom Land. Auch der vom Landkreis einmalig 2014 gezahlte Strukturmittelfond von gut 200.000 € wird es in der Form nicht mehr geben. Hier besteht Handlungsbedarf seitens der HVB Runde und in erster Linie seitens der Kreistagspolitiker den Kreishaushalt endlich bedarfsgerecht aufzustellen.

Wir sehen es als unausweichlich an, eine Erhöhung der Grundsteuern A + B vorzunehmen. Wie bereits in der Sitzung des SFW am 10.12.2015 vorgeschlagen meinen wir, dass eine Erhöhung des seit 2012 geltenden Hebesatzes von 340 Punkten um jeweils 10 Punkte in den nächsten beiden Jahren vorgenommen werden muss. Dies ist nominal eine Erhöhung von unter 3 %. In Geld ausgedrückt würde dies im Schnitt je Grundstück bei der Grundsteuer B 6,29 € bedeuten. Im Vergleich zu den Umlandgemeinden liegt Großheide dann immer noch im unteren Bereich. Hier gilt es auch im Hinblick zukünftiger Generationen eine gewisse Haushaltsgerechtigkeit vorzunehmen und nicht Schulden auf dem Rücken unserer Kinder zu machen.

Als weiteren Punkt für eine Entlastung des Haushaltes sind wir für eine pauschale Herabsetzung der Sach- und Dienstleistungen um 5 %. Dies soll aber nur für die Posten gelten die in der Sitzung am 10.12.2015 nicht angefasst wurden. Dies führt zu einer Disziplinierung für Rat und Verwaltung. Das dies sicher zu Ungerechtigkeiten führen wird ist schmerzlich aber wir brauchen einen solide finanzierten Haushalt. Außerdem kann über einen

Nachtrag im Herbst einiges wieder angepasst werden. Zukünftig sollte die Umsetzung von Maßnahmen nur unter Nennung der genauen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen seitens der Verwaltung erfolgen.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf sind für Großheider Verhältnisse enorme Investitionen enthalten. Hauptsächlich handelt es sich um Baumaßnahmen an den Schulen, Sportstätten bzw. Kitas. Im Straßenbau soll der Kleinheider Weg und der Middelweg saniert werden. Alles Maßnahmen die notwendig sind und für die wir Fördergelder beantragen wollen. Die Erschließung des Baugebietes Starenweg und Torfweg sind dringend notwendig um endlich wieder Baugrundstücke anbieten zu können. Und auch die Planung des Baugebietes Stangenmeer und der Kauf von Bauerwartungsland sind dringend notwendig. Wir sollten nicht wieder den Fehler machen, wie es Rot/Grün bei der ERS des Baugebietes Stangenmeer beschlossen hat, erst den Gemeindeentwicklungs-plan abzuwarten. Hierdurch sind viele Bauwillige in andere Gemeinden abgewandert was letztlich zu Einnahmeverlusten bei Steuern und Schlüsselzuweisungen geführt hat.

Abschließend möchte ich noch einmal auf den Ergebnishaushalt zurückkommen. Einschließlich des Verlustvortrages aus den Vorjahren von ca. 1.1 Mio. € hat die Kämmerei errechnet, dass das Gesamtdefizit 2019 bei über 1,6 Mio. € planerisch liegen wird. Rechnet man hierzu noch die geplanten und über Kredit zu finanzierenden Investitionen bis 2019 in Höhe von ca. 4 Mio. € hinzu fehlen uns über 5 Mio. €. Dies bedeutet jährlich über 250.000 € Kapitaldienst und das 30 Jahre lang. Da wir aber nicht jedes Jahr einmalige außerordentliche Erträge durch Grundstücksverkäufe haben, sollten wir den Gemeindehaushalt bereits jetzt zukunftsweisend aufstellen. Daher meinen wir, dass die vorgenannten Erhöhungen im Kindergartenbereich und die Grundsteuererhöhung maßvoll sind. Leider sind von Rot/Grün bis zum heutigen Tage keine konstruktiven Vorschläge für eine Haushaltskonsolidierung gemacht worden, obwohl sämtliche Maßnahmen nur durch ihre Zustimmung möglich waren. Auch wenn im September Kommunalwahlen sind, sollten SPD/Grüne ihrer Verantwortung gerecht

werden und hier nicht auf Zeit spielen oder bereits jetzt sagen, dass sie bestimmte Investitionen nicht umsetzen wollen.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Haushalt. Im Beschlussvorschlag wird auf den 2. Entwurf verwiesen, im VA haben wir einen überarbeiteten 3. Entwurf beraten und bis gestern Abend haben wir weder einen Haushaltsplan noch eine Haushaltssatzung mit Vorbericht und Stellenplan erhalten. Diese Informationen sind für uns wichtig und müssen zukünftig zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

*-Es gilt das gesprochene Wort*